



Die kranken Krankenkassen

Unser Gesundheitswesen selbst ist krank. Nicht erst seit diesem Jahr. Doch bisher spülte die Entwicklung der Einkommen genügend Geld in die öffentlichen Krankenkassen. Das ist jetzt anders. Da der Staat nicht mit noch mehr Steuern einspringen kann, weil er selbst sparen muss, andererseits die Beiträge nicht unentwegt erhöht werden können, wackelt das ganze System der Krankenversicherung. Da helfen keine kosmetischen Korrekturen, da wird, trotz des im Januar 2009 geschaffenen Gesundheitsfonds, eine Totaloperation notwendig sein. Zu Recht. Denn die Krankenversicherung ist eine Konstruktion nicht nur ohne Vernunft, sondern auch ohne Berücksichtigung der menschlichen Psyche und ohne Kenntnis der Marktgesetze.

Von Wilhelm Schmülling

In jedem Jahr gibt es politische Höhepunkte, die im Bewusstsein der Menschen haften bleiben: Im Jahr 2009 könnte eine heiße Diskussion über die Finanzierung unseres Gesundheitswesens entbrennen. Schon werden Schuldige für die Pleite des staatlichen Gesundheitssystems gesucht. Und immer sind andere schuldig, nur nicht die verantwortlichen Politiker.

Im Klassensystem verhaftet

Schon der Ansatz ist falsch. Die Krankenkassen von heute sind immer noch Relikte einer vordemokratischen Zeit, in der „Fürsorge“ gewährt wurde – von verantwortungsbewussten Beamten für betreuungsbedürftige Arbeiter. Immer noch haben wir ein Klassensystem: Die Arbeiter müssen krankenversichert sein, die Angestellten sind ab einem bestimmten Einkommen befreit; die Selbständigen entscheiden völlig frei, und die Beamten genießen die Für-

sorgepflicht ihres Dienstherrn. Vor dem Gesetz sind zwar alle Bürger gleich, doch anscheinend ist der Arbeitnehmer noch nicht mündig genug.

Solidarität als Vorwand für Egoismus

Die Erziehung unserer Jugend ist insofern schizophoren, als sie zur Selbstfindung und Eigenverantwortung aufruft, gleichzeitig jedoch ein falsch verstandenes Bewusstsein von Solidarität vermittelt, das der menschlichen Mentalität, Verantwortung bei Lebensrisiken zu scheuen, entgegenkommt und dieses Risiko aus reiner Bequemlichkeit gern dem Staat, also einem Kollektiv, aufbürdet. So wird die Rangfolge verdreht: Verantwortung auch für die unverschuldete Not von Mitmenschen aufzubringen rückt an die zweite Stelle, vorrangig erstrebt wird die eigene Sicherheit im Kollektiv. Das ist krasser Egoismus im Mäntelchen der Solidarität.

Vormünder für die Unmündigen

Wo Verantwortung abgegeben wird, wächst sie anderen Menschen zu. Die Einen gleiten dabei in die Unmündigkeit, die Anderen steigen auf zur Herrschaft. Klassengesellschaft ist die Folge. Große Philosophen haben sich mit dem Problem menschlicher Selbstentmündigung befasst, leider oft ohne die auf die Psyche wirkenden ökonomischen Zwänge zu berücksichtigen, die sich in Privilegien ausdrücken. Immanuel Kant hat in nicht zu überbietender Klarheit in der Berlinischen Monatsschrift im Jahre 1784 die menschlichen Schwächen bloßgelegt. Kant schreibt: „Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so be-



quem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, usw.: so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen. Dass der bei weitem größte Teil der Menschen den Schritt zur Mündigkeit, außer dem, dass er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben.“

Mit Zivilcourage gegen Herrschaft

Graf von Krockow kommentierte in der „ZEIT“ vom 28. 12. 1984 die Ansichten von Immanuel Kant indem er schrieb: „Es gibt ein Interesse daran, die Menschen unmündig zu halten. Im weitesten Sinne handelt es sich um das Interesse an Herrschaft. Die selbsternannten Vormünder hätten schwerlich eine Chance, wenn nicht in den Menschen selbst ihnen entgegenkäme, was Kant Faulheit und Feigheit nennt. Tatsächlich ist es bequem, mit den Wölfen zu heulen, das Gängige nachzureden und mit dem großen Haufen mutig zu sein. Aber dieser Mut ist von trauriger Gestalt, eine verkappte Form der Feigheit. Etwas ganz anderes ist es, sich den herrschenden Vorurteilen entgegenzustellen, denn das erfordert, was so selten ist: „Zivilcourage“.

Diese etwas weit ausholende Einleitung wurde vorausgeschickt, um den

geistigen Hintergrund aufzuzeigen, der die Grundlage einer Zeiterscheinung darstellt, die wir irrtümlich mit dem „sozialen Netz“ bezeichnen. An der Realität eines Teilbereiches dieses Netzes – der staatlichen Krankenversicherung, mögen wir die Notwendigkeit der Reform erkennen, die um so dringlicher wird, je länger wir in alten Denkbahnen verharren und mit geringfügigen Änderungen den Bestand dieses Krankenversicherungssystems zu verlängern trachten.

Beiträge sollen die Kosten decken

Steigende oder fallende Kosten im Gesundheitswesen sollen sich in den Beiträgen niederschlagen. Als in den 50er Jahren die Lohnfortzahlungspflicht im Krankheitsfall eingeführt wurde, bedeutete das zunächst eine Entlastung der Krankenkassen, was auch eine Herabsetzung der Beiträge zur Folge hatte. Die erst langsam, dann aber Immer schneller ansteigende Kostenflut in allen Bereichen des Gesundheitswesens ließen die Beitragssätze ebenfalls klettern. So stiegen die Beitragssätze Schritt für Schritt auf 15,5%, ab 1. Juli 2009 auf 14,9%. Auch diese Erhöhungen waren ein Grund für das Sinken der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.

Wie immer: Kurieren an Symptomen

Seit Jahren waren die Zahlen eindeutig: Sie weisen aus, dass unter Beibehaltung des jetzigen Systems das Gesundheitswesen nicht mehr finanzierbar ist. Aus der Misere heraus führen sollte eine radikale Leistungssenkung oder eine drastische Anhebung der Beitragssätze. Beides ist nicht machbar. Die allgemeinen Kosten unterliegen den Marktgesetzen, der allgemeinen Preisentwicklung. Im Gesundheitssektor jedoch wird mit Kartell fördernden Vorschriften die freie Preisbildung eingeschränkt. Beitragssätze sind nicht nur eine finanzieller Faktor, sondern auch ein sozial schädlicher, wenn von der Politik das Kurieren an den Symptomen weiter praktiziert wird. Damit schiebt man den Zeitpunkt der Lösung zwar hinaus, die radikale Änderung wird umso schmerzhafter.

Was hat man nicht schon alles zur Kostendämpfung vorgeschlagen. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht der eine oder andere Vorschlag gemacht und dem prompt heftig widersprochen wird. Die Festlegung von Arzthonoraren erhitzt zur Zeit die Gemüter. Ebenso die Begrenzung von Arzneimitteln. An die Moral der Pharmaindustrie, der behandelnden Ärzte und der Versicherten wird laufend appelliert, so als ob bewusst unnötige Medikamente verschrieben würden. Doch Schuldzuweisungen sind nicht hilfreich. Die Abhängigkeit innerhalb eines Zuteilungssystems, ja einer Sozial- und Wirtschaftsordnung, generiert Verhaltensweisen, die eine auf Gegenseitigkeit ausgerichtete Solidarität unmöglich machen. Systemwechsel ist demnach angesagt.

Über eine natürliche Wirtschaftsordnung zu einer optimalen Sozialordnung

Dieser apodiktische Ausspruch zwingt uns immer wieder, nach einer Gesellschaftsordnung der Freiheit bei gleichzeitiger sozialer Gerechtigkeit zu streben. Er entlässt uns aber nicht aus der Pflicht, schon jetzt Konzepte zu entwickeln, die gerade im Gesundheitswesen eine Änderung zum Positiven hin bewirken. Man sollte sehr sorgfältig die in verschiedenen Vereinigungen, Verbänden und Parteien entwickelten Alternativen beobachten. Auch die Zeitschrift „Fragen der Freiheit“ gibt immer wieder Anregungen unter dem Motto Sozialpolitik am Scheideweg. Der von Dr. Bruker und anderen Reformern konzipierte Entwurf einer Gesundheitskasse zeigt in die richtige Richtung. Da wird nicht an Symptomen kuriert, da wird die Freiheit und Selbstverantwortung der Menschen respektiert, da wird nicht betretet.

Es ist wohl selbstverständlich, dass die weitere Verzögerung einer grundlegenden Neuordnung unseres Gesundheitswesens zu Erschütterungen des jetzigen Systems führen werden, die weitere Staatsverdrossenheit nach sich ziehen wird. Es ist höchste Zeit, das Gesundheitswesen den demokratischen und marktwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. ■